

Die Parteigruppenarbeit in den Volksvertretungen straffer organisieren

Im Stadtbezirk Köpenick, dem „Ruhrgebiet“ Berlins, ist seit Monaten in allen sozialistischen Betrieben eine begrüßenswerte Aktivität zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR vorhanden. Die Werktätigen haben sich das schöne Ziel gestellt, bis zum

7. Oktober einen Planvorsprung von 10 Tagen zu erreichen, die Arbeitsproduktivität um 1 Prozent zu steigern, 3 Prozent des vorgesehenen Materials einzusparen sowie einen überplanmäßigen Gewinn von 5 Millionen DM zu erzielen. Im Nationalen Aufbauwerk sollen 700 000 Aufbaustunden geleistet, und dabei für mehr als 3 Millionen DM Werte geschaffen werden.

Um die Verwirklichung dieses hohen Zieles ringen in erster Linie 227 Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit mit 1297 Werktätigen und 110 Brigaden, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpfen, mit 1325 Werktätigen, unter ihnen 528 Jugendliche. Zu Ehren des 7. Oktober gaben 3281 Werktätige Einzelverpflichtungen ab, während 7360 Werktätige im Kollektiv bestimmte Verpflichtungen übernommen haben.

Diese vorbildliche Aktivität der Köpenicker Werktätigen wurde auf der 16. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, die am 2. Juli im Werk für Fernmeldewesen tagte, durch den Bezirksbürgermeister, Genossen Schiller, bekanntgegeben. Im Zusammenhang hiermit erläuterte Genosse Schiller das unter Anleitung der Kreisleitung der Partei ausgearbeitete gemeinsame Arbeitsprogramm des Rates des Stadtbezirks und der Nationalen Front zur Vorbereitung des 10. Jahrestages. Zur Verwirklichung des Arbeitsprogramms wurden im Arbeitsplan der Bezirksverordnetenversammlung für das 2. Halbjahr 1959 die entsprechenden Maßnahmen festgelegt und einstimmig beschlossen. Damit gingen die Abgeordneten, die auf ihrem Territorium das höchste Machtorgan des Staates verkörpern, eine bedeutsame Verpflichtung ein. Sie tragen nun in erster Linie die Verantwortung für die Ver-

wirklichung der zum 7. Oktober gestellten Ziele!

Soweit scheint alles in Ordnung zu sein. Doch muß kritisch gesagt werden, daß die Ausarbeitung des gemeinsamen Arbeitsprogramms und des Arbeitsplanes von den betreffenden Gremien mehr oder weniger routinemäßig vor sich ging. Die Parteigruppe der Bezirksverordnetenversammlung war dabei völlig ausgeschaltet. Das ist nicht nur eine Unterschätzung der Initiative der Genossen Abgeordneten, sondern auch eine grobe Mißachtung des Parteistatus. Im Statut heißt es, daß die Aufgabe der Parteigruppen darin besteht, den Einfluß der Partei allseitig zu stärken, ihre Politik unter den Parteilosen durchzuführen, die Partei- und Staatsdisziplin zu festigen, den Kampf gegen Bürokratismus zu führen und die Durchführung der Partei- und Regierungsdirektiven zu kontrollieren. Daß die Parteigruppe zur Passivität verurteilt wurde, kann nicht damit entschuldigt werden, daß der 1. Sekretär der Kreisleitung, Genosse Bertels, und der Sekretär der Parteigruppe, Genosse Heinitz, durch Krankheit und Kuraufenthalt längere Zeit ausfielen. Die Kreisleitung ist doch als Kollektivorgan für die gesamte Arbeit im Kreisgebiet und damit auch für die Arbeit der Volksvertretung verantwortlich. Durch die Unterschätzung der Arbeit der Parteigruppe der Bezirksverordnetenversammlung nutzte bisher die Kreisleitung nicht die Möglichkeit, die vielseitige Erfahrung, Initiative und Kraft der Genossen Abgeordneten wirkungsvoll bei der Vorbereitung des 10. Jahrestages der Gründung der DDR einzusetzen.

Von den Genossen Abgeordneten wird erwartet, daß künftig die Parteigruppenarbeit straffer und zielbewußter organisiert wird, damit der Staatsapparat als wichtigstes Instrument beim Aufbau des Sozialismus seine Aufgaben voll und ganz zu erfüllen vermag.

Emil Kortmann
Bezirksverordneter, Berlin-Köpenick